

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,00 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhoff 292 bis 297

Eine Milliarde für den Osten.

Bedenkliche Vollmachten für die Bürgerblockregierung.

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt stand das im Ostauschuss bereits behandelte Ostprogramm in Verbindung mit dem Ergänzungsetat zum Reichshaushalt für 1930, der die Deckung für die geplanten Hilfsmaßnahmen bringen soll.

Vor in die Tagesordnung eingetretene wurde, verlas der Vorsitzende einen ihm vom Reichswehrminister zugewandenen Brief, in dem gebeten wurde, über den in der Dienstagssitzung des Ausschusses einstimmig abgelehnten Antrag des Reichswehrministeriums noch einmal zu verhandeln. Dieser Antrag ging dahin, zu den im Haushalts 1930 zum Ankauf von Remonten vorgesehenen 4,9 Millionen, von denen nach dem Haushaltsgesetz durch den Haushaltsausschuss 2,8 Millionen zur Anzahlung bereits genehmigt worden waren, noch den Rest der Mittel in Höhe von 2,1 Millionen zur Herausgabe freizugeben.

Abg. Erling (B.) befürwortete die Bitte um nochmalige sofortige Verhandlung. Von sozialdemokratischer Seite und vom Vorsitzenden aber wurde darauf hingewiesen, daß nach der ständigen Praxis des Ausschusses Vorlagen die endgültig erledigt seien, nicht wieder zur Beratung gestellt werden können. Die Herren in der Militärverwaltung mühten daher unverständlicher Weise abzulehnen und beklagten sich vor, eine neue, geänderte Vorlage einzubringen.

Das Ostprogramm

wurde abschnittsweise beraten. Referent des Ostauschusses ist der Abg. Hergt (Dnat.). Die Beratung wird sich voraussichtlich auf mehrere Tage erstrecken, da schon bald nach Beginn der Verhandlung zwei Dutzend Anträge eingingen. An der Debatte über Abschnitt I über die landwirtschaftliche Siedlung beteiligten sich unter anderem die sozialdemokratischen Abgeordneten Mertins und Dr. Hilferding. Letzterer führte aus, daß

das ganze Hilfsprogramm ein weitgehendes Ermächtigungsgesetz darstelle, durch das die Regierung die Befugnis erhalte, im Laufe der Jahre über etwa 1 Milliarde zu verfügen.

Er warf die Frage auf, ob der Haushaltsausschuss ein solches Gebaren verantworten könne. Durch das Gesetz würden nach außen hin ganz falsche Hoffnungen erweckt werden. Es sei ernsthaft zu erwägen, ob man das Gesetz nicht beschränken solle auf die Mittel, die man in diesem und vielleicht im nächsten und übernächsten Jahr zur Verfügung stellen könnte. Man hätte nach Ablauf dieser Zeit auch die Möglichkeit, Änderungen im Gesetz vorzunehmen, falls die Ausführung des Gesetzes durch die Regierung nicht eine derartige sei, wie sie der Reichstag wünsche. Er machte auch darauf aufmerksam, daß sonst bei allen Garantieübernahmen stets ein Gegenposten in den Etat für das Risiko einpreissetzt werde. Hier sei derartige nicht geschehen, trotzdem

die Risiken sehr bedeutend

seien. Er bitte um Auskunft, welche Summe in den nächsten zwei Jahren in Betracht kommen würde. Er halte es für richtig, die in Aussicht gestellte Hilfe genau abzuleiten, um nicht in den beteiligten Kreisen später eine große Enttäuschung herbeizuführen.

Der neuernannte Ministerialdirektor im Reichswehrministerium Dr. Wachsmann antwortete sofort, daß man im Reichsfinanzministerium in der Tat große Sorgen habe über die Risiken, die aus diesem Gesetz fließen. Nicht groß sei das Risiko nach allen bisherigen Erfahrungen bei den Siedlungs-krediten, sehr viel größer aber bei der Umschuldungsaktion. Hier aber werde das Risiko dadurch herabgemindert, daß Preußen sich mit 50 Prozent bei der ganzen Aktion beteilige.

Man sei sich einig darüber, daß die Kredite nur in wirtschaftlichen Grenzen gegeben werden sollten, und in Durchführung des Gesetzes würden die Garantien auf ein beschränktes Risiko abgesteckt werden. Von der Einstellung einer Bürgerschaftsgrundlage im Etat habe das Finanzministerium abgesehen, weil in diesem Etatjahr sicherlich keine Ausfälle eintreten können. Im nächsten Etatjahr müßten aber bestimmt für die Risiken Gegenposten im Etat aufgestellt werden. Für die Siedlung käme zunächst ein Betrag von 50 Millionen, für die Umschuldung ein solcher von etwa 100 Millionen in Frage. In welcher Weise der ganze Umschuldungsbedarf, der etwa 600 Millionen Mark betragen könnte, aufgebracht werden soll, darüber schwebten zur Zeit noch Pläne mit der Industrie.

Der preussisch-bremische Vertrag angenommen. Die bremische Bürgerchaft hat am Dienstag den preussisch-bremischen Staatsvertrag gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Senator Dr. Spitta als Leiter der bremischen Abordnung betonte, daß der Vertrag zum Nutzen des Gesamtvolkesinteresses des Weser- und Emsgebietes abgeschlossen worden sei.

Des Guten zuviel!

Zu den Richtungskämpfen in der Nationalsozialistischen Partei



Bitter: „Halt, halt! Soviele starke Männer wollte ich ja gar nicht haben!“

Zwanzigtausend Arbeiter im Streik.

Sie wehren sich gegen Lohnabbau und Unternehmerdiktatur.

Boschum, 2. Juli. (Eigenbericht.)

Vorerst haben insgesamt etwa 20 000 Metallarbeiter es abgelehnt, den von den Unternehmern diktierten durchschnittlichen Lohnabbau von 7 1/2 Proz. hinzunehmen. Die Zahl dürfte sich heute und in den nächsten Tagen noch wesentlich vergrößern.

In Hagen haben die Arbeiter des Hager Eisenwerkes die Lohnabbaubestrebungen geschlossen mit der Arbeitsniederlegung beantwortet. Der Betrieb beschäftigt etwa 3000 Arbeiter.

Sechs Opfer einer Familientragödie.

Selbstmord eines deutschen Ehepaars in Paris.

London, 2. Juli.

In West-Hartlepool wurden in der Wohnung eines Arbeiters der Familienvater und fünf seiner sechs Kinder tot aufgefunden. Die Gasrohre waren durchschliffen. Das jüngste Kind im Alter von 12 Monaten lebte noch. Die Tragödie hatte sich in Abwesenheit der Frau des Arbeiters abgespielt.

Paris, 2. Juli.

Der seit vier Jahr hier lebende Deutsche Harold von Eckardt, der Ingenieur in einer Motorenfirma war, und seine Frau Marie, sind in ihrer Wohnung tot aufgefunden worden. Sie hatten durch Einatmen von Leuchtgas ihrem Leben ein Ende bereitet. In einem hinterlassenen Brief geben sie an, daß Krankheit sie zu dem Schritt veranlaßt habe.

Der 48. Todesfall in Lübeck.

Lübeck, 2. Juli.

Die Todesziffer der mit dem Tuberkuloseferum gefütterten Säuglinge hat sich von 47 auf 48 erhöht. Krank sind unverändert 71, geheilt 73, gesund 59 Säuglinge.

Berlin ohne Etat.

Die alten Steuern werden einstweilen weiter erhoben.

Der in der gestrigen Stadtoordnetenversammlung von dem Magistrat durch den Stadtsyndikus Lange eingereichte Umlageverteilungsschlüssel, der einen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer von 240 Proz., zum Gewerbesteuerertrag von 535 Proz. und zur Lohnsummensteuer von 1225 Proz. vorsah, hat die einstimmige Ablehnung aller Fraktionen erfahren. Die Befolgung der Stadtoordneten ist verständlich. Nachdem eine Verdoppelung der staatlichen Grundvermögenssteuer eingeleitet ist, wollte der Magistrat, der ursprünglich an einen Zuschlag von 300 Proz. auf diese Steuer, die ja die Mieter belastet, gedacht hatte, um 60 Proz. auf 240 Proz. zurückgehen. Diesen Vorschlag sollte die Gewerbesteuer herabbringen, die ursprünglich mit 500 Proz. vorgeschlagen war. Nunmehr aber wird es sich zeigen, ob den Stadtoordneten ihre Ablehnung genügt hat, denn das Zahlen von Steuern wird den Berliner natürlich nicht erspart werden.

Nach der Ablehnung des Etats durch die Stadtoordnetenversammlung wird der Magistrat Anfang der nächsten Woche seinen Entwurf zum Beschluß erheben. Dieser Beschluß geht an den Oberpräsidenten mit der Bitte um Festsetzung des Umlageverteilungsschlüssels. Einzelne Ausgaben, die der Magistrat nicht vorschlagen wird, kann auch der Oberpräsident nicht in den Etat einsehen, soweit es sich nicht um geschuldete Verpflichtungen handelt.

Während des gegenwärtigen Zwischenzustandes werden die bestehenden Steuern nach den bisherigen Sätzen weiter erhoben, bis der neue Verteilungsschlüssel festgesetzt ist.

Die gegenwärtige Lage ist natürlich nicht so, daß bis zur endgültigen Annahme des Etats die Reichshauptstadt ohne Mittel dastünde, abgesehen davon, daß Berlin aus den Ueberweisungs-

Steuern des Reiches aus anderen Steuern und aus den Werksabgaben Einnahmen bezieht, wird aus den zunächst zu den alten Sätzen weiterlaufenden Steuern der Ausgabenstaat des Juni, der, ähnlich wie bei dem Notetat des Reiches, ein Zwölftel der Jahresausgaben betragen darf, gedeckt.

Entgegen gewissen Nachrichten ist mit der Einlegung eines Staatskommissars für Berlin nicht zu rechnen. Die Einlegung eines Staatskommissars kann lediglich auf Grund des § 79 der Städteordnung erfolgen, wenn die Stadtoordnetenversammlung völlig arbeitsunfähig und sachliche Arbeit überhaupt nicht mehr möglich ist. Die Ablehnung des Umlageverteilungsschlüssels, wie man sie gestern erlebt hat, bedeutet jedoch keine Arbeitsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes. Die Festsetzung der Steuern durch die Aufsichtsbehörde ist übrigens gar nicht eine so große Seltenheit, wenn sie auch für Berlin eine erstmalige Notwendigkeit geworden ist. Fast in jedem Jahr muß die Aufsichtsbehörde ein- bis zweimal in Preußen bei einer Stadt oder Gemeinde die Steuern selbst festsetzen, und vor einigen Jahren ist dies sogar in allerhöchster Nähe Berlins, nämlich — in Potsdam geschehen.

Der Rämmerer pensioniert.

Der Magistrat stimmt zu.

Der Magistrat hat heute dem Antrag des Stadtkämmerers Dr. Lange auf Pensionierung stattgegeben. Die gesetzliche Pension beträgt 68 Proz. des Gehalts, das sind etwa 10 000 Mark jährlich. Dr. Lange steht im 58. Lebensjahr. Die Pensionierung bedarf der Genehmigung durch die Stadtoordnetenversammlung.

„Zweitausend Vereine zuviel“

Zu dem unter dieser Ueberschrift im „Abend“ veröffentlichten Aufsatz von Fr. Heine schreibt uns der Vorsitzende des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Gellert folgende Erweiterung:

Heine kommt zu der recht eigentümlichen Auffassung, daß wir im Bund 2000 Vereine zuviel haben und daß es eine unserer kommenden Aufgaben sein muß, die Vereine zusammenzuführen, um in jedem Ort nur noch einen zentralisierten Verein aufzuweisen. So weh, daß man sich augenblicklich in bürgerlichen Sportkreisen ebenfalls mit dieser Frage befaßt; aber warum sollen wir uns unsere Handlungen diktiert lassen von den Auffassungen, die gerade augenblicklich im bürgerlichen Lager vorhanden sind? ...

Wir geben gern zu, daß wir Orte kennen, in denen „Zweigtvereine“ bestehen. Wer will es leugnen, daß wir in Krefeld einen Verein hatten, der infolge der örtlichen Verhältnisse von seinem früheren Mitgliederbestand von 45 auf 8 gesunken ist. ...

Nun habe ich die Einwohnerzahlen der 20 Großstädte des Reiches zugrunde gelegt zu einem prozentualen Verhältnis zu der Zahl der Bundesmitglieder. Daraus ergibt sich nachstehende Zusammenstellung:

Stadt	Einwohnerzahl	Zahl der Vereine	Mittel	Durchschnittlicher Mitgliederzahl	Zahl je 1 Mitglied
Berlin	1.295.360	44	2.921	236	472
Hamburg	1.184.000	27	2.951	142	343
Wien	1.179.000	22	2.537	82	298
München	710.000	21	2.966	181	187
Bratislava	693.000	52	13.651	261	63
Öden	542.000	6	467	83	1.261
Frankfurt	611.100	21	6.192	300	190
Potsdam	607.500	36	4.231	114	113
Köln	558.000	29	4.440	110	113
Düsseldorf	524.000	11	2.112	161	479
Schwaben	479.100	5	1.250	275	363
Darmstadt	425.200	14	2.178	244	136
Sachsen	421.800	13	501	82	529
Stuttgart	415.200	25	3.188	98	188
Essen	325.800	9	1.401	264	35
Chemnitz (Saarland)	315.000	17	615	61	542
Halle	312.000	12	729	61	141
Bremen	274.200	22	3.684	185	82
Magdeburg	268.800	24	2.362	115	84

Also Leipzig und Nürnberg marschieren mit der gleichen Schülernzahl — auf je 55 Einwohner ein Arbeiter-Sportler — an erster Stelle. Dies beiden Orte verkörpern aber nicht das System strengster Zentralisierung. ...

Tatsache, daß Berlin in der Aufstellung erst an 15. Stelle steht, ist zum Teil mit auf die Nachwirkungen der Spaltung zurückzuführen; aber in einer schon im Jahre 1924 gemachten Aufstellung (siehe Bundeskalender 1924) stand Berlin (mit dem Zentralverein „Fichte“) an der Spitze. ...

Die Freie Turnerschaft Frankfurt beschloß im Jahre 1928 die Selbständigmachung ihrer Abteilungen. Vor dieser Zeit gab es in Frankfurt und in den nunmehr eingemeindeten Vororten insgesamt 3584 Bundesmitglieder. ...



Mit dem Bundeszeichen auf Werbung

auf 4630, also um fast 33 Proz. gestiegen. Ich gebe zu, große Vereine können Größeres leisten als kleine Vereine; aber richtiger ist doch der Gedanke, daß gut geleitete und lebensfähige Vereine die beste Grundlage für die Organisation sind, ...

Ein anderes Problem: Wenn in Berlin an Stelle eines Zentralvereins in jedem Bezirk eine Freie Turnerschaft mit selbständiger Leitung wäre, so würde meinem Erachten nach unter guter Gruppen-, Bezirks- und Kreisleitung die Ausbreitungsmöglichkeit unserer Bewegung und die Gewinnung neuer Mitglieder viel größere Erfolge zeitigen als jetzt.

Was ist der Zweck der Vereins- und Bundesarbeit? Ein zentralisiertes System schaffen, das in der Durchführung und Bearbeitung und infolge der Rücksichtnahme auf die verschiedensten Ortsverhältnisse, umständlicher und zeitraubender arbeitet, ...

Berliner Schwimmer als Gäste in Brandenburg und Sachsen

Am letzten Sonntag hielten die „Freien Schwimmer Brandenburg“ wie alljährlich ein lokales Schwimmfest in ihrer mit eigenen Kräften erbauten Sommerbadaussicht vor etwa 500 Zuschauern ab. ...

„Solidarität“ in Wannsee Ein Mannschaftsrennen über 20 Kilometer

Die bundestreuen Rennfahrer Groß-Berlins veranstalteten am Sonntag einige Bahnrennen in Wannsee. Da in der Reihe der Bezirksmeisterschaften noch die im Mannschaftsfahren über 20 Kilometer offen stand, wurde sie zuerst gefahren. ...

Das Rennen über 47,5 Meter sah Schmidt und Brause mit gleicher Zeit, während Sachleben 1/8 Sek. mehr brauchte; der Altersfahrer Fischer wollte die eben aufgestellte Zeit brücken, ...

Die nächste Rennfahrertagung ist Donnerstag, 3. Juli, 20 Uhr, bei Johann, Brüderstr. 16-18. Sonntag, 6. Juli, 7 Uhr, Strohenrennen, Bernau. ...

- 20-Kilometer-Mannschaftsfahren: 1. Gänderich-Schwanz, 17 Punkte, Zeit: 34:15; 2. Rösche-Unger, 11 Punkte, 3. Kühner-Franke, 6 Punkte. ...

„35 Zuschauer“ bei kommunistischen Werbefesten

Etwas verspätet geht uns eine Darstellung von „Werbefestveranstaltungen“ gewisser kommunistischer Sportorganisationen zu. Sie löst den mangelnden Wert der großmüßigen Reklame in den Moskauer Subventionsblättern erkennen. ...

Korruptionsfälle innerhalb der SPD., als Neumann und Wittorn, so abgestumpft, daß ein Betrüger mehr oder weniger gar keinen Eindruck mehr auf sie macht. ...

Am Schluß des Festes wurde ein Wasserballspiel ausgetragen. Es wäre aufs tiefste zu bedauern, wenn alle Wasserballspiele einen so tragischen Verlauf nehmen würden. ...

Vermeidet Waldbrände!

Wie der Amtliche Preussische Pressedirektionsrat, legen der Minister für Volkswohlfahrt und der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Angehörige der erhebdlichen Waldbrände in den letzten Wochen Wert auf erneute Bekanntgabe des Runderrates vom 23. Juli 1924, der folgenden Wortlaut hat: ...

Schneller als der D-Zug

Der von den beiden Berliner Journalisten Reinhold Otto und Stefan S. Szengely mit einem 2½ Liter Mercedes-Benz-Wagen unternommene Versuch, in einer Raustopfabert Berlin-Paris die Zeit des lahrlangmächtigen D-Zuges zu unterbieten, ist geglückt. ...

Bundestreue Vereine teilen mit:

- Freie Kampfbund e. V. Groß-Berlin. Abt. Schwimm, Sonntag, 8. Juli, 19 Uhr. ...
- Freie Kampfbund e. V. Groß-Berlin. Abt. Schwimm, Sonntag, 8. Juli, 19 Uhr. ...
- Freie Kampfbund e. V. Groß-Berlin. Abt. Schwimm, Sonntag, 8. Juli, 19 Uhr. ...

Sonnabend und Sonntag, 5. und 6. Juli Ruder- und Kanu-Regatta der Bundestreuen in Grünau

